



Kiel, 6. Dezember 2016

Nr. 290 /2016

Kirsten Eickhoff-Weber:

Mit den Bürgerinnen und Bürgern gelingt die Energiewende!

Zum heutigen Kabinettsbeschluss über die Entwürfe der neuen Windenergie-Regionalpläne erklärt die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Kirsten Eickhoff-Weber:

Mit dem Kabinettsbeschluss über die Entwürfe der neuen Windenergie-Regionalpläne und der zügig erfolgenden Veröffentlichung im Internet kann ab sofort jede Bürgerin und jeder Bürger die Entwürfe einsehen. Die Entwürfe sind das Ergebnis der vier Windgipfel, der Expertengespräche beim Ministerpräsidenten, der zahlreichen Dialogveranstaltungen im ganzen Land und damit einer bereits jetzt beispiellosen Bürger- und Öffentlichkeitsbeteiligung. Damit leistet die Landesplanung einen großen Beitrag zum Gelingen der Energiewende.

Ab Ende Dezember gibt es die Möglichkeit, Hinweise, Anregungen und Bedenken einzubringen. Erstmals wird es möglich sein, sich sowohl auf dem klassischen Wege einer schriftlichen Eingabe als auch über ein speziell entwickeltes Online-Tool zu beteiligen.

Wir appellieren an alle Bürgerinnen und Bürger, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Alle Eingaben werden schließlich berücksichtigt und von der Landesplanung sorgfältig abgewogen werden. Die Landesplanung hat dabei die Mammutaufgabe zu bewältigen, den Schutz der Menschen, der Natur, von Kultur- und Landschaftsräumen mit den Zielen der Energiewende in Einklang zu bringen.

Das wird nicht immer ohne Kompromisse gehen. Aber würden die Vorschläge der CDU umgesetzt, ginge das nur auf Kosten anderer Schutzgüter und man müsste das Territorium des Landes erweitern, um die gesteckten Ziele zu erreichen.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe, die die gesamte Gesellschaft herausfordert.
Gelingen wird sie nur im Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern.